

## **Kleine Anfrage 672**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Nutzung von öffentlichen Verkehrsflächen durch Bürgerinnen, Bürger und Bürgerinitiativen**

Wie allseits bekannt, befinden sich die wesentlichen öffentlichen Flächen in Städten und Gemeinden im Besitz der Kommunen, wie z. B. Dorfplätze, Marktplätze in der Stadt, Straßen, Parks, Bahnhofsvorplätze. Allgemein wird angenommen, dass diese öffentlichen Plätze der allgemeinen Nutzung durch die Bürgerinnen und Bürger erlaubnisfrei unterliegen, und Bürgerinnen und Bürger diese Plätze nutzen dürfen, ohne hierfür Erlaubnisse beantragen oder Gebühren bezahlen zu müssen, solange sie im Rahmen des bürgerlichen Engagements oder der allgemeinen Freizügigkeit sind und nicht gewerbliche oder kommerzielle Zwecke erfolgen.

Nunmehr stellt sich im Rahmen von der Arbeit von Parteien, Wählervereinigungen, Bürgerinitiativen und Bürgern im Rahmen ihrer kommunalen bürgerschaftlichen Arbeit die Situation dar, dass in einigen Gemeinden im Land Brandenburg sich die Gemeindeverwaltung und die hauptamtlichen Bürgermeister erlauben, den Bürgerinnen und Bürgern Vorschriften für die Nutzung von öffentlichen Verkehrsflächen machen zu dürfen.

So ist es an verschiedenen Stellen vorgekommen, dass Bürgermeister bzw. Hauptverwaltungsbeamte oder **Ordnungsämter Bürgerinnen und Bürgern untersagt haben**, auf Marktplätzen, in Parks und auf Bahnhofsvorplätzen, die jeweils den Kommunen gehören und die als öffentliche Verkehrsflächen gewidmet sind, **Unterschriften zu sammeln** oder Informationsstände zu machen. In besonderen Fällen wurden den Bürgerinnen und Bürgern hierzu direkte Vorschriften durch die Ordnungsbehörden gemacht und es wurden entsprechende Gebühren erhoben sowie bei Nichteinhaltung der Vorschriften sogar Ordnungs- und Bußgelder verhängt. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass es sich in diesem Zusammenhang nicht um kommerzielle Tätigkeiten handelte, sondern um Unterschriftensammlungen im Rahmen von bürgerschaftlichem Engagement für politische Aktivitäten in Gemeinden, Städten, Kreisen oder dem Land Brandenburg.

In diesem Zusammenhang stellt sich dann schon die Frage, ob Kommunen überhaupt diese Rechte haben, Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen ihrer Freizeittätigkeit und ihres ehrenamtlichen politischen Engagements im Rahmen der Freizügigkeit nach dem Grundgesetz diese Art von Vorschriften machen dürfen und Direktions-

rechte auf öffentlichen Plätzen ausüben dürfen, so z. B. das Sammeln von Unterschriften auf öffentlichen Plätzen zu untersagen.

**Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:**

1. Trifft es zu, dass öffentliche Verkehrsflächen, wie Marktplätze, Dorfplätze, Parkanlagen etc. dem allgemeinen, öffentlichen Nutzungsrecht und der allgemeinen Freizügigkeit unterliegen?
2. Können Bürgerinnen und Bürger diese entsprechenden Plätze für ihre politischen Aktivitäten, z.B.
  - a. Argumentationen,
  - b. Aufbau eines Infostandes (außerhalb von Wahlkampfzeiten) oder
  - c. Unterschriftensammlungen nutzen?
3. Ist es ausreichend, wenn Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Gemeinde- oder Stadtverwaltung vorab anzeigen, dass sie diese Fläche zu nutzen gedenken? Ist es überhaupt notwendig, dass die Bürgerinnen und Bürger die jeweilige Gemeinde- oder Stadtverwaltung vorab informieren?
4. Haben Ordnungsämter oder Kommunen das Recht, Bürgerinnen und Bürgern diese Nutzung ohne triftige Gründe, die die öffentliche Ordnung und Verkehrssicherheit betreffen, zu untersagen?
5. Haben Kommunen und Ordnungsbehörden das Recht, Bürgerinnen und Bürgern für ehrenamtliche Tätigkeiten, die für nicht kommerzielle Zwecke erfolgen, sondern dem bürgerrechtlichen Engagement im Rahmen des Allgemeinwohls gewidmet sind, Gebühren zu verlangen? Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?
6. Haben Ordnungsbehörden oder Kommunen das Recht, Bürgerinnen und Bürgern oder Bürgerinitiativen Strafgebühren, Ordnungsgelder aufzuerlegen, wenn sie entgegen dem Willen einer Stadt- oder Gemeindeverwaltung öffentliche Flächen und Plätze nutzen, um dort Unterschriften zu sammeln, ganz gleich, ob mit oder ohne Infostand? (Viele Unterschriftensammlungen finden ja völlig ohne Infostand, sondern mit einer „Kladde“ in der Hand statt).